



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Ruth Waldmann, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Arbeitssituation des Klinikpersonals verbessern!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag unterstützt alle Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeitssituation in den Krankenhäusern Bayerns. Hohe und zum Teil gesundheitsschädliche Arbeitsbelastungen durch Nacht- und Wochenenddienste, Bereitschaftsdienste des ärztlichen Personals, pauschale und nachträgliche Kürzungen der geleisteten Arbeitszeit oder unzuverlässige Dienstplangestaltungen tragen nicht dazu bei, Krankenhäuser zu attraktiven Arbeitgebern zu machen. Überlastetes pflegerisches und ärztliches Personal stellt auch ein Gesundheitsrisiko für Patientinnen und Patienten dar.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ihre Handlungsmöglichkeiten in den Bereichen der Krankenhausinvestitionsförderung, in den Aufsichtsräten der Universitätsklinika und in der Krankenhausplanung stärker zu nutzen, um die Belastung des Krankenhauspersonals zu reduzieren.

Als Maßnahmen kommen dabei insbesondere eine deutliche Erhöhung der investiven Fördermittel für Plankrankenhäuser, der Abschluss von Tarifverträgen zum Gesundheitsschutz und zur Entlastung des Klinikpersonals sowie die Einhaltung von Aspekten des Gesundheitsschutzes als Kriterium und Indikator bei der staatlichen Krankenhausplanung in Frage.

Begründung:

Die belastende Arbeitssituation in den Krankenhäusern führt in Deutschland und in Bayern immer wieder zu (Warn-)Streiks der Gewerkschaften des Pflege- und ärztlichen Personals. Aktuell (03.02. und 04.02.2020) ruft die Gewerkschaft ver.di die Beschäftigten des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein in Kiel und Lübeck zu einem zweitägigen Warnstreik zur Durchsetzung eines Tarifvertrags zur Entlastung des Personals auf. In einem Tarifvertrag für die Universitätskliniken in Baden-Württemberg konnte ver.di im Jahr 2018 u. a. ein verbindliches Verfahren zur Personalbedarfsermittlung, ein verbindliches Management von Personalausfällen und eine verbesserte Besetzung von Nachtdiensten erreichen. Der Marburger Bund als Gewerkschaft der Ärztinnen und Ärzte in den Krankenhäusern hat seine Mitglieder am 03.02.2020 zu einem Warnstreik an 23 Universitätskliniken in ganz Deutschland und auch in Bayern aufgerufen. Zu den aktuellen Forderungen des Marburger Bundes zählen eine generelle Begrenzung von Bereitschaftsdiensten sowie eine verlässliche Dienstplangestaltung, eine manipulationsfreie Arbeitszeiterfassung ohne pauschale oder nachträgliche Arbeitszeitkürzungen.

Die Staatsregierung verfügt mit den Instrumenten der Krankenhausinvestitionsförderung und der Krankenhausplanung über Möglichkeiten zur Verbesserung der Arbeitssituation des ärztlichen und pflegerischen Personals in den Krankenhäusern. Durch eine Erhöhung der staatlichen Krankenhausinvestitionsförderung erhalten die Kliniken finan-

zielle Spielräume, die sie für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nutzen können. Aspekte des Gesundheits- und Arbeitsschutzes kann die Staatsregierung als verpflichtendes Förderkriterium im Rahmen der Krankenhausplanung berücksichtigen. Die Staatsregierung verfügt über Mehrheiten in den Aufsichtsräten der Universitätsklinika und kann dort die jeweiligen Geschäftsführungen zum Abschluss von gesundheitsförderlichen Tarifverträgen für die Beschäftigten auffordern.